

«Alle Menschen sollen zuhören, aber nicht alle dürfen antworten»

Teilnehmende der F-INK-Ausbildung berichten über Barrieren und Chancen politischer Teilhabe

Andreas Jäggi, Sara Lustenberger, Sabine Williner und Caroline Sahli Lozano

Zusammenfassung

Wie erleben Menschen mit Behinderungen politische Teilhabe und was braucht es auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft, die alle einschliesst? Dieser Beitrag gibt Teilnehmenden der Diplomausbildung «Fachperson Inklusion» (F-INK) der PHBern das Wort. Als Expert:innen in eigener Sache benennen sie Barrieren, formulieren Perspektiven und machen sichtbar, was politische Mitwirkung in ihrem Alltag bedeutet. Ihre Aussagen werden thematisch eingebettet und zeigen auf, wie Inklusion an Hochschulen und in der Lehrer:innenbildung zu gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Mitgestaltung beiträgt.

Résumé

Comment les personnes en situation de handicap vivent-elles la participation politique ? Que faut-il mettre en place pour une société démocratique qui inclue tout le monde ? Cet article donne la parole aux participantes et participants du diplôme « Fachperson Inklusion » (F-INK, spécialiste en inclusion) de la HEP Berne. En tant qu'expertes et experts de leur vécu, elles et ils identifient les obstacles, formulent des alternatives et montrent ce que signifie la participation politique dans leur quotidien. Leurs témoignages s'inscrivent dans un cadre thématique et exposent comment l'inclusion au sein des hautes écoles et dans la formation du corps enseignant mène à la participation sociale et à la coconstruction démocratique.

Keywords: politische Teilhabe, Inklusion, Selbstbestimmung, Expert:innen in eigener Sache, F-INK-Ausbildung, inklusive Hochschulentwicklung / participation politique, inclusion, autodétermination, savoir expérientiel, formation à l'inclusion, développement inclusif des hautes écoles

DOI: <https://doi.org/10.57161/z2026-07-05>

Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik, Jg. 32, 07/2026



Einleitung

Die Diplomausbildung «Fachperson Inklusion» (F-INK) der PHBern qualifiziert Menschen mit Behinderungen, die keinen formalen Zugang zur Hochschulbildung haben, zu Fachpersonen für Inklusion. Während drei Semestern erwerben die Teilnehmenden Wissen zu zentralen Themenfeldern der Inklusion, bringen eigene Erfahrungen ein und entwickeln ihre Rolle als Expert:innen in eigener Sache weiter. Nach dem Abschluss wirken sie in Bildungsinstitutionen, der öffentlichen Verwaltung oder zivilgesellschaftlichen Organisationen und gestalten inklusive Prozesse aktiv mit (Sahli Lozano et al., 2025).

Ein zentrales Themenfeld ist die politische Teilhabe, denn sie ist eng mit Fragen zu Selbstbestimmung, Mitbestimmung und gesellschaftlicher Zugehörigkeit verbunden. Politik lässt sich als jenes menschliche Handeln verstehen, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen abzielt. Politische Teilhabe ermöglicht es, an solchen Prozessen mitzuwirken, Einfluss zu nehmen und eigene Anliegen einzubringen. Sie beschränkt sich nicht auf formale Tätigkeiten wie Wählen und Abstimmen, sondern schliesst auch weniger institutionalisierte Formen ein, etwa Diskussionen im Alltag oder Auseinandersetzungen im persönlichen Umfeld (Patzelt, 2013). Es ist ein wichtiger Bildungsauftrag, solche Fähigkeiten zu fördern (Heid, 2019; Nussbaum, 2006).

Im Rahmen der F-INK-Ausbildung nimmt politische Teilhabe deshalb einen besonderen Stellenwert ein. Die Teilnehmenden sind nicht nur Betroffene politischer Entscheidungen, sondern sollen als künftige «Fachpersonen Inklusion» selbst gesellschaftliche Prozesse gestalten. Dafür braucht es Gelegenheiten, in denen die angehenden «Fachpersonen Inklusion» eigene Erfahrungen mit Teilhabe und Ausschluss thematisieren, einordnen und in ihre Praxis einbringen können.

Zwei Veranstaltungen im Rahmen der Ausbildung eröffnen einen solchen Erfahrungs- und Reflexionsraum. In diesen Veranstaltungen lernen die F-INK-Teilnehmenden und die angehenden Lehrpersonen miteinander und voneinander. Gemeinsam reflektieren sie eigene Erlebnisse, benennen konkrete Barrieren und formulieren Perspektiven für eine inklusive politische Teilhabe. Im Zentrum stehen dabei Themenfelder, die von den angehenden «Fachpersonen Inklusion» als besonders bedeutsam benannt werden: der Ausschluss vom formalen politischen Prozess, sprachliche und informationelle Barrieren sowie die Frage nach Interesse und struktureller Unterrepräsentation. Im Folgenden werden ausgewählte Aussagen von sieben F-INK-Teilnehmenden unter Einbezug gesetzlicher Grundlagen und relevanter Modelle diskutiert.

Stimmen aus der F-INK-Ausbildung

Barrieren und Perspektiven politischer Teilhabe

Alle Menschen sollen zuhören, aber nicht alle dürfen antworten.

Mit diesen Worten bringt eine teilnehmende Person der F-INK-Ausbildung ein zentrales Spannungsfeld innerhalb politischer Systeme auf den Punkt. Zwar gilt politische Teilhabe als zentrales Element demokratischer Gesellschaften, doch die tatsächliche Chance zur Mitwirkung kann auch in einem demokratischen System eingeschränkt sein. So sind in der Schweiz aktuell rund 16 000 Personen mit kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen vom Stimmrecht ausgeschlossen (Inclusion Handicap, 2025). Dieser Ausschluss gründet in ableistischen Normalitätsvorstellungen darüber, welche Personen als vollwertige Bürger:innen gelten. Diese stützen sich auf gesellschaftliche Normen zu kognitiver Leistungsfähigkeit und autonomer Entscheidungskompetenz (Campbell, 2009; Taylor, 2020). Obwohl diese Normen bestimmte Menschen strukturell von politischer Teilhabe ausschliessen, werden sie kaum hinterfragt.

Dabei existiert ein klarer rechtlicher Rahmen, der genau dies einfordert. Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention (BRK) im Jahr 2014 hat sich die Schweiz verpflichtet, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilnahme an politischen Prozessen zu ermöglichen. Laut Artikel 29 umfasst Teilhabe dabei nicht nur formale Rechte wie das Wahlrecht, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit, sich zu informieren, eine eigene Meinung zu bilden und sich aktiv einzubringen. Zwischen diesem Anspruch und der Realität besteht jedoch eine erhebliche Lücke. Im Schattenbericht zur Umsetzung der BRK stellt *Inclusion Handicap* fest, dass Menschen mit Behinderungen in der Schweiz nach wie vor in ihrer politischen Teilhabe eingeschränkt sind. Insbesondere kritisiert werden der anhaltende Ausschluss vom Stimmrecht, unzureichend vorhandene barrierefreie Informationen sowie die fehlende Unterstützung bei der Ausübung politischer Rechte (Hess-Klein & Scheibler, 2022).

Wenn sich jemand interessiert, ist die Person sicher soweit – sonst würde sie sich nicht interessieren.

Diese Aussage aus dem Kreis der Teilnehmenden der F-INK-Ausbildung zeigt das politische Interesse von Menschen mit Behinderungen. Politisches Interesse ist eine wichtige, aber nicht hinreichende Bedingung für tatsächliche Teilhabe. Viele Menschen mit Behinderungen bringen dieses Interesse mit (BFS, 2024), stossen jedoch auf strukturelle Barrieren, die eine gleichberechtigte Mitwirkung verhindern. In politischen Gremien und Entscheidungsprozessen sind sie nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Dies ist nicht auf mangelnde Motivation zurückzuführen, sondern auf fehlende Zugänge, unzureichende Unterstützung und institutionelle Ausschlussmechanismen (Hess-Klein & Scheibler, 2022).

Dass diese Lücke zwischen Interesse und Teilhabe nicht als gegeben hingenommen wird, zeigen zivilgesellschaftliche Initiativen der vergangenen Jahre. Mit der ersten Behindertensession im Jahr 2023 haben Menschen mit Behinderungen ein eigenes politisches Forum geschaffen und die Forderung nach gleichen politischen Rechten in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Dieser Prozess hat auf verschiedenen politischen Ebenen Wirkung gezeigt. So haben National- und Ständerat auf nationaler Ebene einer Verfassungsänderung zugestimmt, die den Stimmrechtsausschluss von Menschen mit kognitiven oder psychischen Behinderungen aufheben soll. Als Nächstes wird die Stimmbevölkerung darüber entscheiden (Inclusion Handicap, 2025). Im März 2026 hat der Ständerat zudem eine Anpassung im Bundesgesetz über die politischen Rechte gutgeheissen, die es Menschen mit Sehbehinderung ermöglichen soll, selbstständig und geheim abzustimmen (SZBLIND & SBV, 2026). Auf kantonaler Ebene haben einzelne Kantone ihre gesetzlichen Grundlagen hinsichtlich politischer Inklusion bereits angepasst, weitere Reformen sind in Diskussion.

Barrieren in Kommunikation und Informationszugang

Selbst wenn formale Rechte bestehen, entscheiden die konkreten Rahmenbedingungen darüber, ob politische Teilhabe im Alltag tatsächlich möglich ist. Politische Informationen und Kommunikation sind häufig geprägt von komplexer Fachsprache, langen Gesetzestexten und abstrakten Begriffen. Komplexe Sprache schliesst bestimmte Personengruppen von politischen Informationen, Diskussionen und Entscheidungsprozessen aus, nämlich Menschen mit Lernschwierigkeiten, geringen Deutschkenntnissen oder kognitiven Beeinträchtigungen.

Das nationale Behindertengleichstellungsgesetz schreibt vor, dass Behörden barrierefrei kommunizieren müssen. Im politischen Alltag wird dieser Anspruch jedoch selten konsequent umgesetzt. Einen bemerkenswerten Schritt in diese Richtung hat die Stadt Zürich unternommen, die bereits im April 2025 erstmals Abstimmungsunterlagen in Leichter Sprache verschickte. Der Kanton zog nach. Für die Abstimmungen vom 28. September 2025 stellte auch er erstmals Informationen in dieser Form zur Verfügung. Damit ist Zürich dem Rest der Schweiz voraus, denn nur wenige andere Kantone bieten ihre Abstimmungsunterlagen in Leichter Sprache an (Pro Infirmis, 2025). Leichte Sprache richtet sich in erster Linie an Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung, kommt aber einem weit grösseren Kreis zugute. Rund 30 Prozent der 16- bis 65-Jährigen in der Schweiz verfügen gemäss der PIAAC-Studie der OECD in mindestens einem Grundkompetenzbereich wie dem Lesen über geringe Fähigkeiten. Dies entspricht rund 1,67 Millionen Personen (BFS, 2024). Eine teilnehmende Person der F-INK-Ausbildung hebt den Mehrwert der Leichten Sprache treffend hervor:

Einfache Sprache ist für alle angenehmer.

Eine weitere Aussage macht deutlich, was in politischen Diskussionen oft übersehen wird.

Im Abstimmungscouvert ist keine Anleitung.

Wer nicht weiss, wie ein Abstimmungsprozess funktioniert, wer keine verlässliche Orientierung erhält und wer auf Unterstützung angewiesen wäre, diese aber nicht erhält, kann sein Recht faktisch kaum wahrnehmen, auch wenn es formal besteht. Als Hürden benennen die Teilnehmenden fehlende Erklärungen zu Abläufen und Fristen, eine zu komplexe Sprache und eine grundlegende Orientierungslosigkeit im Umgang mit politischen Unterlagen.

Inklusive Hochschule als Ort demokratischer Erfahrung

Die geschilderten Erfahrungen verweisen auf strukturelle Zusammenhänge, die über den politischen Bereich hinausreichen. Ausschlussmechanismen in der politischen Partizipation und Ungleichheiten im Bildungssystem sind eng miteinander verknüpft: Ein separativ ausgerichtetes Bildungssystem verfestigt Vorstellungen von Normalität, die bestimmte Menschen systematisch als nicht vollwertig teilhabefähig etikettieren und damit auch ihre politische Partizipation strukturell einschränken (Campbell, 2009; Taylor, 2020). Bildung und politische Teilhabe sind in diesem Sinne keine getrennten Handlungsfelder, sondern Dimensionen desselben strukturellen Problems (Nussbaum, 2006; Heid, 2019).

Die BRK trägt dieser Verschränkung Rechnung, indem sie in den Artikeln 24 und 29 gleichermaßen das Recht auf inklusive Bildung und auf politische Partizipation garantiert. Insgesamt zeigt sich, dass die Schweiz zwar wichtige erste Schritte in Richtung eines inklusiven Bildungssystems unternommen hat, der Anspruch der Konvention jedoch noch unzureichend eingelöst ist. Das Bildungssystem ist nach wie vor stark separativ ausgerichtet. Dies trägt dazu bei, dass Ausschlussmechanismen früh greifen und sich über den gesamten Bildungsverlauf fortschreiben (Hess-Klein & Scheibler, 2022; United Nations, 2022).

Dies gilt auch für die Tertiärstufe: Menschen mit Behinderungen werden weitgehend von Hochschulbildung ausgeschlossen durch restriktive Zugangsvoraussetzungen, begrenzte Nachteilsausgleichsmassnahmen, fehlende Assistenzen sowie die seltene Finanzierung von Weiterbildungen durch die Invalidenversicherung. Vor diesem Hintergrund kommt Angeboten wie F-INK eine besondere Bedeutung zu. Sie öffnen den Hochschulraum, der Menschen mit Behinderungen bislang weitgehend verschlossen blieb. Sie schaffen damit strukturelle Voraussetzungen, unter denen demokratische Erfahrungen gemacht und politische Kompetenzen entwickelt werden können. Das eigentliche Potenzial inklusiver Hochschulformate liegt dabei nicht allein im erweiterten Zugang, sondern in der Qualität der Lernprozesse, die sie ermöglichen. In Anlehnung an Konzepte politischer Bildung (Himmelfmann, 2005; Eikel, 2006) bedeutet demokratisches Lernen in diesem Kontext nicht das Lernen über Demokratie, sondern das Lernen durch demokratische Praxis: in Interaktionen, Diskussionen und gemeinsamen Aushandlungsprozessen, in denen gesellschaftliche Fragen nicht nur vermittelt, sondern erfahrbar werden.

Inklusive Lernsettings schaffen die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen. Wenn Studierende mit und ohne Behinderungen in gemeinsamen Veranstaltungen miteinander und voneinander lernen, treffen unterschiedliche Erfahrungen und Wissensformen aufeinander. Unter geeigneten Bedingungen – namentlich Gleichwertigkeit der Beteiligten, gemeinsame Ziele und institutionelle Unterstützung – können solche Begegnungen dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und wechselseitige Anerkennung zu fördern (Allport, 1954; Pettigrew & Tropp, 2006). Die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme gilt in diesem Zusammenhang als zentrale Teilkompetenz demokratischer Handlungskompetenz (Eikel, 2006). Inklusive Hochschulformate schaffen Bedingungen, unter denen diese Kompetenz nicht nur vermittelt, sondern auch erlebt werden kann.

Für die Lehrer:innenbildung ist dies von besonderer Relevanz. Angehende Lehrpersonen, die im Rahmen ihrer Ausbildung Erfahrungen mit inklusiven und partizipativen Lernsettings machen, erwerben ein erweitertes Verständnis von Schule als gesellschaftlichem Raum, in dem Teilhabe nicht nur thematisiert, sondern praktiziert wird (Pantić & Florian, 2015). Lehrpersonen, die demokratische Praxis in der eigenen Ausbildung erfahren haben, können als Multiplikator:innen wirken, sowohl hinsichtlich inklusiver Unterrichtsgestaltung als auch hinsichtlich einer partizipativen Schulkultur.

Projekte wie F-INK wirken folglich auf mehreren Ebenen: Sie zeigen auf, wie die Hochschule durch die Einbindung von Expert:innen in eigener Sache auf struktureller Ebene inklusiver wird und F-INK-Teilnehmende sich dadurch als selbstwirksam erleben. Gleichzeitig erweitern angehende Lehrpersonen durch differenzsensibel gestaltete Lernsettings ihre Handlungskompetenzen für den eigenen Unterricht mit heterogenen Lerngruppen. Das Potenzial von Projekten wie F-INK reicht somit weit über die Hochschule hinaus und leistet einen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft, in der alle eine Stimme haben und alle gehört werden.



Andreas Jäggi
Co-Studiengangsleiter
F-INK
PHBern
andreas.jaeggi@phbern.ch



Dr. Sara Lustenberger
Co-Studiengangsleiterin
F-INK
PHBern
sara.lustenberger@phbern.ch



Sabine Williner
Dozentin
PHBern
sabine.williner@phbern.ch



Prof. Dr. Caroline Sahli Lozano
Leiterin Schwerpunktprogramm Inklusive Bildung
PHBern
caroline.sahliozano@phbern.ch

Literatur

- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Addison-Wesley.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2024). *Lesen, Rechnen, Problemlösen – Schweiz liegt in allen drei getesteten Kompetenzen über dem OECD-Durchschnitt* [Medienmitteilung vom 10. Dezember]. <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2024-0179> [Zugriff: 09.05.2026]
- Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) vom 13. Dezember 2002, in Kraft seit dem 01. Januar 2004, SR 151.3.
- Campbell, F. K. (2009). *Contours of ableism: The production of disability and abledness*. Palgrave Macmillan.
<https://doi.org/10.1057/9780230245181>
- Eikel, A. (2006). *Demokratische Partizipation in der Schule*. BLK-Programm «Demokratie lernen & leben». https://blk-demokratie.de/fileadmin/public/partizipationsfoerderung/01_Demokr._Partizipation_in_der_Schule.pdf
- Heid, H. (2019). Über die Ungleichheit unter den Menschen aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive – Dass, wie und warum Bezugnahmen auf das Gerechtigkeitsprinzip dazu verwendet werden (können), soziale Ungleichheit zu rechtfertigen. In K. Heinrichs & H. Reinke (Hrsg.), *Heterogenität in der beruflichen Bildung: Im Spannungsfeld von Erziehung, Förderung und Fachausbildung* (S. 17–28). wbv. https://library.oa-open.org/bitstream/handle/20.500.12657/47812/1/external_content.pdf
- Hess-Klein, C. & Scheibler, E. (2022). *Aktualisierter Schattenbericht. Bericht der Zivilgesellschaft anlässlich des ersten Staatenberichtsverfahrens vor dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen*. Editions Weblaw.
- Himmelmann, G. (2005). *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch* (2., überarb. Aufl.). Wochenschau.

- Inclusion Handicap (2025). *Politische Rechte: Parlament fordert Verfassungsänderung* [Medienmitteilung vom 15. September]. <https://www.inclusion-handicap.ch/de/politische-rechte-parlament-fordert-verfassungsänderung> [Zugriff: 09.05.2026]
- Nussbaum, M. C. (2006). Education and democratic citizenship: Capabilities and quality education. *Journal of Human Development*, 7 (3), 385–395. <https://doi.org/10.1080/14649880600815974>
- Pantić, N. & Florian, L. (2015). Developing teachers as agents of inclusion and social justice. *Education Inquiry*, 6 (3), 333–351. <https://doi.org/10.3402/edui.v6.27311>
- Patzelt, W. J. (2013). *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung* (7., überarb. u. erw. Aufl.). Wissenschaftsverlag Richard Rothe.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90 (5), 751–783. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.90.5.751>
- Pro Infirmis (2025). *Zürich: Abstimmungsunterlagen neu in Leichter Sprache* [Medienmitteilung vom 19. September]. <https://www.proinfirmis.ch/ueber-uns/aktuelles/detail/news/zuerich-abstimmungsunterlagen-neu-in-leichter-sprache.html> [Zugriff: 09.05.2026]
- Sahli Lozano, C., Lustenberger, S., Jäggi, A. & Heibei, S. (2025). Ein inklusives Hochschulprogramm: Fachperson Inklusion (F-INK). *Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik*, 31 (7), 17–18. <https://doi.org/10.57161/z2025-07-03>
- SZBLIND (Schweizerischer Zentralverein für das Blindenwesen) & SBV (Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband) (2026). *Parlament stärkt politische Rechte von Menschen mit Sehbeeinträchtigung. Das selbstständige Abstimmen soll im Gesetz verankert werden* [Medienmitteilung vom 12. März]. https://www.szblind.ch/fileadmin/pdfs/medien/MM_Teilrevision_Bundesgesetz_politische_Rechte.pdf
- Taylor, A. (2020). The metaphor of civic threat: Intellectual disability and education for citizenship. In L. Ware (Ed.), *Critical readings in interdisciplinary disability studies: (Dis)Assemblages* (pp. 53–67). Springer.
- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention, UN-BRK) vom 13. Dezember 2006, durch die Schweiz ratifiziert am 15. April 2014, in Kraft seit dem 15. Mai 2014, SR 0.109.
- United Nations (2022). *Concluding observations on the initial report of Switzerland*. <https://digitallibrary.un.org/record/3970220?v=pdf>